

Protokoll

der Sitzung vom **14.05.2013**
des **Studentischen Konvents**
der Julius-Maximilians-Universität Würzburg



in der Erstfassung.

Protokoll der Sitzung vom 14.05.2013

Vorsitz: Florian Lessing
Stellv. Vorsitz: Torbjørn Cunis

Protokoll: Alexander Bagus

Anwesend:

Frank	Alig	Alessa	Gräb	Lisa	Menstell
Riccardo	Altieri	Stephan	Hemmerich	Kathrin	Nikolaus
Alexander	Bagus	Cornelius	Hermann	Hanna	Oberdorfer
Falk	Bräcklein	Jonathan	Jurkat	Sebastian	Obermeier
Torbjørn	Cunis	Maximilian	Kißner	Lisa	Rehn
Anna-Katharina	Kiehn	Fabian	Konrad	Benedikt	Ries
Jana	Engelmeier	Nicole	Lazar	Siar	Said
Michael	Feller	Florian	Lessing	Dominik	Schenk
Markus	Frank	Julia	Lombardia Walter	Domenik	Schleier
Friederike	Glaser	Mirco	Lukas	Anna	Weitzel

Abwesend:

Jochen	Coconcelli	
Lars-Christopher	Färber	
Sebastian	Fuhr	(Stimmrechtsübertragung an Alexander Bagus)
Barbara	Grooterhorst	(Stimmrechtsübertragung an Stephan Hemmerich)
Katharina	Haß	(Stimmrechtsübertragung an Fabian Konrad)
Lilli Teresa	Probst	(Stimmrechtsübertragung an Dominik Schenk)
Magdalena	Rohm	(Stimmrechtsübertragung an Maximilian Kißner)
Anna	Ruckdeschel	(Stimmrechtsübertragung an Cornelius Hermann)
Manuel	Seitz	(Stimmrechtsübertragung an ???)
Lara	Urban	(Stimmrechtsübertragung an Kathrin Nikolaus)
Maren	Vogt	(Stimmrechtsübertragung an Florian Lessing)

Datum: 14.05.2013 Beginn: 20:00 Uhr Ende: 1:05 Uhr

Ort:

Festsaal des Studentenwerkes
Am Studentenheim 1
97072 Würzburg

Protokoll der Sitzung vom 14.05.2013

1. Festlegung eines Protokollanten oder einer Protokollantin	4
2. Feststellung der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit	4
3. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung	4
4. Genehmigung der Tagesordnung	4
6. Aus dem Sprecher- und Sprecherinnenrat und seinen Arbeitskreisen und den Referaten	4
7. Wahl zur Besetzung einer Stelle des Projekts „Nightline“	5
8. Wahl der Mitglieder der Kommission für nachhaltige Entwicklung	6
9. Wahl der Mitglieder Präsidialkommission für Qualität und Lehre	7
10. Wahl des Referat Deutsch-Polnische Freundschaft	7
11. Wahl des Referat Presse	8
12. Anträge	8
a. Semesteranfangstüten (Referat Gleichstellung, Referat Ökologie)	8
b. Laizismus (geändert) (GHG)	9
c. Zivilklausel (SSR)	11
d. Hochschulwahlen (GHG)	12
e. Druckerei (GHG)	12
f. Rückstellwägen (LHG)	13
g. Hochschulöffentlichkeit (LHG)	13
h. Referatsumbenennung (LHG)	15
i. verlängerter Zugang zum Foyer der Hubland Mensa (LHG)	15
j. Fristeneinhaltung (LHG)	15
k. Kompensationsverwendungsbericht (LHG)	15
13. Sonstiges	16

Protokoll der Sitzung vom 14.05.2013

1. Festlegung eines Protokollanten oder einer Protokollantin

Alexander Bagus übernimmt freiwillig die Führung des Protokolls.

2. Feststellung der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit

Florian Lessing stellt die Beschlussfähigkeit der Versammlung mit 39 Stimmberechtigten fest.

3. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung

Das Protokoll der Sitzung vom 17.04.2013 wird in vorliegender Form angenommen. Redaktionelle Änderungen durch die Vorsitzenden werden eingeräumt.

4. Genehmigung der Tagesordnung

Maximilian Kißner beantragt die Verschiebung der Punkt 11 b bis k aufgrund von zu wenig Zeit. Die Anträge seien erst am Sonntag verschickt worden.

Florian Lessing rechtfertigt sich für die Zusendung der Anträge erst am Sonntag wegen zeitlicher Unpässlichkeit. Dennoch sei alles gemäß der Geschäftsordnung geschehen.

Fabian Konrad merkt an, dass genügend Zeit bestanden habe.

Maximilian Kißner erwidert, dass er die Anträge mit seiner Fachschaft diskutieren wollte.

Physik-Frau unterstützt das inhaltlich.

Kathrin Nikolaus schließt sich Fabian Konrad an und verlangt sofortige Abstimmung.

Markus Frank ist auch der Meinung, dass genügend Zeit gewesen sei.

Der Antrag von Maximilian Kißner wird 13 zu 24 bei zwei Enthaltungen abgelehnt.

Riccardo Altieri stellt den GO-Antrag zur Einfügung des Punktes „Wahl zur Besetzung einer Stelle des Projekts ‚Nightline‘“ nach 6 und die Erhöhung aller Punkte danach um 1. Zwei Kandidaten sind für die genannte Stelle anwesend. Die Stelle sei nach Aussage von Riccardo ausgeschrieben worden.

Der GO-Antrag wird ohne Gegenrede angenommen.

Maximilian Kißner stellt den GO-Antrag auf Nichtbefassung des Antrags 12 a). Inhaltlich gehe dieser aus Sicht der Phil I über die Kompetenzen des Konvents hinaus.

Bei 12 Ja- mit 24 Nein-Stimmen und bei 3 Enthaltungen abgelehnt.

Anja Zürn beantragt das Vorziehen des Antrags des 12 b) vor 12 a).

Ohne Gegenrede angenommen.

5. Aus dem Fachschaftenrat, den Kommissionen und Kollegialorganen sowie den Ausschüssen des Studentischen Konvents

Michael Feller berichtet aus dem Fachschaftenrat. In der Physik gebe es Probleme bei der Ummeldung der Fakultätszugehörigkeit von Mathe zu Physik. Dominik Schenk als studentischer Vertretender im Wahlausschuss soll sich dieser Sache annehmen. Es entsteht eine Debatte, in der die Vertretenden der Fachschaft Physik das Problem genauer schildern.

Kathrin Nikolaus wirft ein, dass das Wählerverzeichnis bereits geschlossen sei und das Problem von den Vertretenden der Fachschaft Physik heißt es aber, dass das alles fristgerecht geschehen sei und dennoch die Probleme bestünden.

Dominik Schenk wird sich darum kümmern und das Gespräch mit Herrn Wettengel suchen.

Dominik Schenk berichtet aus dem Wahlausschuss:

Bei den Fachschaftslisten waren die Unterstützer z.T. der falschen Fakultät zugeordnet.

Die 16 Uhr-Frist sei eine Ausschlussfrist, unterstreicht Dominik. Hinterher werde keine Liste mehr angenommen. Die Fachschaft Pharmazie habe zweimal die gleiche Liste für Fakultätsrat und Studentischer Konvent abgegeben. Dominik Schenk weist daraufhin, dass beide gültig sind. Es könne aber eine Liste zurückgezogen werden.

6. Aus dem Sprecher- und Sprecherinnenrat und seinen Arbeitskreisen und den Referaten

Anja Zürn berichtet für den SSR. Die Ersti-Messe sei gut gelaufen. Es werde zudem eine Fahrt nach Freiburg stattfinden.

Daniel Schneider berichtet für die Referate Zivilklausel und Barrierefreiheit. Auch der Studi-Kalender werde aktualisiert.

Protokoll der Sitzung vom 14.05.2013

Kristina Kindl erklärt, dass die Vorbereitungen für die Campus-Lichter 27. Juni 2013 laufen. Sie bereitet zudem einen students house-Antrag für die nächste Sitzung des Studentischen Konvents vor. Esther Schießler berichtet, dass sich das Referat Internationales vernetzt.

Andreas Rosenberger erklärt, dass die Planung für Campus Cup laufen. Anmeldungen seien jetzt schon möglich, mehr finde man auf der Homepage. Der AK Lehramt veranstalte einen Aktionstag mit Podiumsdiskussion zur Lehramtsausbildung am 16. Mai 2013 um 19 Uhr am Wittelsbacherplatz, Raum 02.206. Alle seien eingeladen.

Florian Lessing berichtet aus dem Referat Ökologie. Am 15. Mai 2013 findet eine professionelle Schokoladenverkostung im Rahmen eines Info- und Genussabends mit dem Titel „Schokolade Pur!“ in der Kellerperle statt.

Riccardo Altieri berichtet, dass gerade eine Nachricht mit dem „Hiwi-Reader“ rausgegangen sei. Dieser soll bald für alle online gehen und wird auch schon gedruckt als Info-Broschüre. Letztlich sei dieser Reader die Aktualisierung einer älteren Version des SSR.

Dominik Schenk berichtet von den Aktivitäten des Referats Datenschutz und bittet nochmals nachdrücklich um Rückmeldung zur Videoüberwachung.

Maximilian Kißner berichtet von einer Videokamera in der Geographie.

Anna Kiehn berichtet, dass es an der Jura keine Kameras gebe.

Cornelius Hermann erklärt, dass sich auch in der Pharmakologie Kameras befänden.

7. Wahl zur Besetzung einer Stelle des Projekts „Nightline“

Riccardo Altieri begründet die Wahl der Stelle mit Rechtssicherheit. Auch die Hochschulleitung habe um einen offiziellen Charakter gebeten.

Sebastian Mangold und Marcello Veronese, beide Psychologen, stellen sich und das Projekt vor. Sie kandidieren gemeinsam für die Stelle.

Marcello Veronese erklärt, Nightline sei ein kostenloses, niederschwelliges Zuhör- und Informationstelefon von Studenten für Studenten. Sprechzeiten könnten abends von ca. 21 bis 2 Uhr nachts sein.

Sebastian Obermeier fragt, wie es mit der Qualitätssicherheit aussehe und wie diese garantiert werde?

Marcello Veronese antwortet, es gäbe vorher ein bis zwei intensive Schulungen durch Psychologen, geplant seien auch regelmäßige Supervisionen, außerdem sollen die Schichten mit zwei Personen besetzt sein.

Maximilian Kißner merkt an, dass Beratung bei Studienfachwechsel das Metier der Fachschaften sei. Sebastian Mangold erwidert, dass es keine konkrete Handlungsanweisungen und Tipps geben werde, sondern ausschließliche Hinweise zu Ansprechpartnern für das jeweilige Problem.

Marcello Veronese erklärt, das „Nightline“ keine Telefonseelsorge und auch keine psychosoziale Beratung sei.

Alexander Bagus fragt nach den Erfahrungswerten an anderen Hochschulen.

Marcello Veronese sagt, dass das Vorbild vor allem England sei, wo diese Idee ihren Anfang genommen habe. Inzwischen gebe es u.a. in Tübingen, Münster, München und Leipzig solche Einrichtungen schon. Unterstützung habe man von Seiten des Rektors der Universität Köln, Prof. Dr. Axel Freimuth, man arbeite auch mit der Förderinitiative Nightlines Deutschland e.V. zusammen.

Kathrin Nikolaus will wissen, was Köln damit zu tun habe?

Marcello Veronese erklärt, dass in Köln zum ersten Mal eine „Nightline“ in der Bundesrepublik Deutschland eingeführt worden sei und die Vernetzung über Köln geschehe. Auch seien die Fachschaften schon vorab informiert worden.

Anna Weitzel erklärt, dass die internen Fachschaftsverteiler meistens überfüllt seien und auch nicht alle Fakultätsangehörigen erreichen, sondern nur die aktiven Fachschaffenden.

Riccardo Altieri erläutert, dass die SSR-Netze zur Bewerbung genutzt werden würden.

Marcello Veronese berichtet, dass eine Info-Veranstaltung schon stattgefunden habe. Es gebe bereits viele Interessenten. Auch sei eine Psychologin für die Schulung schon vorhanden, wofür ein bis zwei Wochenenden gebraucht werde. Flyer und Plakate seien schon entworfen. Die Arbeit solle zum WS

Protokoll der Sitzung vom 14.05.2013

13/14 aufgenommen werden. Benötigt werden ein Raum, zwei Telefone, ein Rechner sowie ein Internet- und Telefonanschluss. Auch sei die Finanzierung der Schulung nötig.

Riccardo Altieri erklärt, dass seien keine hohen Kosten, die Schulung sei mit den StuV-Mitteln machbar.

Sebastian Mangold unterstreicht die Qualität der Schulung.

Dominik Schenk will die genauen Kosten der Schulung wissen.

Sebastian Mangold antwortet, dass die Psychologin kein Geld wolle.

Marcello Veronese ergänzt, dass laufende Kosten u.a. für Material und Supervision entstünden. Sie wollten aber externe Sponsoren ansprechen. Erfahrungsgemäß lägen die Kosten bei ca. 1.000 Euro pro Jahr, zumindest an anderen Unis.

Sebastian Obermeier stellt fest, dass eine Finanzierung von 1.000 Euro schwierig sei, da der StuV-Etat bei 14.000 Euro läge. Er fragt, ob Kontakte zu anderen Beratungsangeboten im universitären Umfeld bestünden?

Marcello Veronese führt aus, dass keine Rückmeldung von der Psychosozialen Stelle erfolgt sei, die im April kontaktiert worden sei. Er hebt auch die anderen Zeiten und die Niedrigschwelligkeit der Nightline im Vergleich zu der Psychosozialen Beratungsstelle hervor.

Sebastian Obermeier betont Wichtigkeit, dass Nightline sich vernetzt und ein regionales Angebot schafft.

Riccardo Altieri berichtet, dass die Finanzierungsfrage war auch im SSR bei der ersten Vorstellung des Projekts Thema gewesen sei. Die Wahl heute werde kein Blankoscheck für Finanzierung durch StuV sein. Er unterstreicht die Kostengünstigkeit, denn der Etat sei nicht ergiebig, der SSR werde auch einmal Nein sagen müssen und werde auf den Etat achten.

Sebastian Mangold stellt fest, er und Marcello Veronese habe es nicht auf Geld abgesehen. Die Geldsummen seien von der Personenanzahl abhängig: Je mehr mitmachten, desto teurer werde es. Die Personaldebatte endet an dieser Stelle.

Als Wahlkommission werden Fabian Konrad und Benedikt Ries vorgeschlagen. Beide übernehmen die Aufgabe.

Riccardo Altieri schlägt Sebastian Mangold und Marcello Veronese vor die Stelle des Projekts „Nightline“ vor.

Beide kandidieren.

Abgegebene Stimmen: 39

Gültige Stimmen: 39

Sebastian Mangold: 37

Marcello Veronese: 38

Enthaltungen: 1

Beide nehmen die Wahl an.

Riccardo Altieri sichert zu, dass der SSR sich um Öffentlichkeitsherstellung für das Projekt bemühen wird.

8. Wahl der Mitglieder der Kommission für nachhaltige Entwicklung

Florian Lessing erklärt, dass die Kommission neu sei, vorher sei das ein Arbeitskreis. Dieser sei nun zur Kommission umgewidmet worden. Im Zuge der Debatte um mehr Mitbestimmung wurde die Aufwertung des Arbeitskreises aufgegriffen und auch von Professoren unterstützt.

Als Wahlkommission werden Fabian Konrad und Benedikt Ries vorgeschlagen. Beide übernehmen die Aufgabe.

Dominik Schenk schlägt Isabel Schön und Florian Lessing vor.

Beide kandidieren.

Abgegebene Stimmen: 39

Gültige Stimmen: 38

Ungültige Stimmen: 1

Isabell Schön: 33

Florian Lessing: 30

Enthaltungen: 5

Protokoll der Sitzung vom 14.05.2013

Beide nehmen die Wahl an.

Als Stellvertreter werden von Sebastian Obermeier Simon Gmeinr und von Alessa Gräb Markus Frank vorgeschlagen

Beide kandidieren.

Abgegebene Stimmen: 39

Gültige Stimmen: 37

Ungültige Stimmen: 2

Simon Gmeinr: 12

Markus Frank: 23

Enthaltungen: 2

Markus Frank ist gewählt und nimmt die Wahl an.

9. Wahl der Mitglieder Präsidialkommission für Qualität und Lehre

Riccardo Altieri berichtet, dass die Hochschulleitung wolle, dass diese Kommission direkt ihr und nicht dem Senat unterstellt sei. Im Zentrum dieses Gremiums stünde die Arbeit der Fakultät, v.a. hinsichtlich der Akkreditierung. Es sei Kommunikationsmotor zwischen den Fakultäten und der Hochschulleitung in beide Richtungen. Sie werde für die Systemakkreditierung gebraucht.

Andreas Rosenberger schlägt Anja Zürn vor.

Anja Zürn schlägt Andreas Rosenberger vor.

Beide kandidieren.

Abgegebene Stimmen: 39

Gültige Stimmen: 36

Ungültige Stimmen: 3

Andreas Rosenberger: 31

Anja Zürn: 26

Enthaltungen: 4

Beide nehmen die Wahl an.

Als Stellvertreter schlägt Daniel Schneider Esther Schießer vor.

Sie kandidiert.

Abgegebene Stimmen: 39

Gültige Stimmen: 39

Ungültige Stimmen: 0

Ja: 33

Nein: 2

Enthaltungen: 4

Esther Schießer nimmt die Wahl an.

10. Wahl des Referat Deutsch-Polnische Freundschaft

Moritz Lund berichtet von der Gründung des Referats anlässlich der Fahrt nach Krakau und dem Treffen mit den Studierenden der Universität Krakau. Es soll zur Institutionalisierung einer Kooperation zwischen unserer und der Krakauer Universität dienen und einen nach Es wird nach Grundordnung gewählt.

Andreas Rosenberger schlägt Moritz Lund vor.

Er kandidiert.

Abgegebene Stimmen: 38

Gültige Stimmen: 34

Ungültige Stimmen: 0

Ja: 33

Nein: 4

Enthaltungen: 1

Moritz Lund nimmt die Wahl an.

11. Wahl des Referat Presse

Riccardo Altieri schlägt Max Schmitt und Melanie Kraus vor. Dies gilt als ein Wahlvorschlag. Beide kandidieren.

Abgegebene Stimmen: 39

Gültige Stimmen: 38

Ungültige Stimmen: 1

Max Schmitt: 33

Melanie Kraus: 33

Nein: 2

Enthaltungen: 2

Moritz Lund nimmt die Wahl an.

Markus Frank stellt den GO-Antrag auf 5-Minuten-Pause.

Ohne Gegenrede angenommen.

Pause ab 21.55 Uhr.

Ende der Pause um 22.01 Uhr

12. Anträge

a. Semesteranfangstüten (Referat Gleichstellung, Referat Ökologie)

„Der Sprecher- und Sprecherinnenrat setzt sich bei den Verantwortlichen des Studentenwerks, wie auch bei weiteren Akteurinnen und Akteuren dafür ein, dass die unverhältnismäßig viel Müll produzierenden, heteronormativen, und sexistischen Semesteranfangstüten an der Universität Würzburg nicht mehr ausgeteilt werden. Die Studierendenvertretung fordert damit einhergehend eine kritische Auseinandersetzung mit Werbung an Hochschulen und als ersten Schritt die Abschaffung der Semesteranfangstüten.“

Anja Zürn begründet den Antrag.

Maximilian Kißner unterstützt die Argumentation hinsichtlich der Müllproduktion. Jedoch habe seine Fachschaft Einwände bei der Argumentation bezüglich der

Alessa Gräß bemängelt die nicht vorhandene Wahlmöglichkeit zwischen den beiden Tüten.

Alexander Bagus kritisiert, dass nicht das Gespräch mit den Tütenherstellern gesucht werde, sondern dass man die Tüten an der Uni gleich verbieten wolle. Es bestünden Ausweichmöglichkeiten auf öffentliches Gelände der Stadt. Zudem ändere man auf diesem Wege auch nicht die Denkweise.

Riccardo Altieri berichtet, dass während des Gesprächs mit Hochschulleitung und OB, sich mehrere Studenten beschwert hätten, dass sie keine Tüten für das jeweils andere Geschlecht erhalten hätten. Es gebe deutschlandweit über den zfs Initiativen gebe, die das Anliegen des Antrags teilen und ähnliches anstreben.

Sebastian Obermeier hält Alexander Bagus entgegen, dass ein Verbot nicht gegen Gespräche stehe.

Alexander Bagus erwidert, dass man so keine Gesprächsbereitschaft bei UNICUM erreiche.

Kathrin Nikolaus redet gegen Alexander Bagus. Ein Ausweichen auf die Straße werde vielleicht einmal stattfinden, danach werde die Stadt Maßnahmen ergreifen.

Stephan Hemmerich meint, dass es wohl ein gewisses Interesse der Studenten für diese Tüten gibt.

Es gebe gerade einmal 15 Personen aus Würzburg, die eine Petition gegen die Ersti-Tüten unterstützten.

Anna Weitzel unterstützt den Antrag.

Falk Bräcklein redet gegen Stephan Hemmerich.

Anja Zürn weist auf die Petition hin und will diese stärker bewerben. Sie habe das schon gemacht und immerhin hätten schon weitere 14 diese daher unterstützt. Sie will zudem keine Einteilung der Menschen in Schubladen.

Alexander Bagus redet gegen Kathrin Nikolaus.

Kathrin Nikolaus redet gegen Alexander Bagus.

Der Änderungsantrag von Alexander Bagus wird vorgestellt und von ihm begründet.

„Ersetze von ‚die unverhältnismäßig...‘ bis ‚...Abschaffung der Semesteranfangstüten‘ durch:

Protokoll der Sitzung vom 14.05.2013

„es zu einem konstruktiven Gespräch mit UNICUM als dem Produzenten der Semesteranfangstüten kommt. Dabei sollen die auf die Zweigeschlechtlichkeit fixierten Inhalte der Tüten sowie die exorbitante Müllzeugung problematisiert werden. Der Wunsch der Studentenvertretung der Uni Würzburg ist es, dass keine Stereotypen mehr bedient oder zumindest alle sexuellen Minderheiten gleichermaßen berücksichtigt und angesprochen werden. Bei der Produktion der Tüten soll die Nachhaltigkeit in den Vordergrund gestellt sowie ein Konzept zur Müllvermeidung gefordert werden.“

Der Änderungsantrag wird mit 14 Ja-, 20 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen abgelehnt.

Der Gesamtantrag wird mit 25 Ja-, 7 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen angenommen.

b. Laizismus (geändert) (GHG)

„Der Studentische Konvent spricht sich für eine laizistische Hochschullandschaft in Bayern aus und lehnt die institutionelle Verflechtung von religiösen Gemeinschaften mit den bayerischen Hochschulen ab. Der Sprecher- und Sprecherinnenrat wird daher beauftragt, sich im Rahmen der Landes-ASten-Konferenz für eine landesweite Kampagne zur Ablösung der die bayerischen Hochschulen betreffenden Bestimmungen der religionspolitisch relevanten Verträge und die daraus resultierenden gesetzlichen Bestimmungen einzusetzen. Diese sind:

1. Das Konkordat zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Staat Bayern [Bayerisches Konkordat] vom 29. März 1924, Vertragsgesetz vom 15 Januar 1925 (GVBl. 1925, S. 53), zuletzt geändert durch Vertrag vom 26. Juli 1988 (GVBl. S. 241), hier i.B. Art. 3,

2. der Vertrag zwischen dem Bayerischen Staate und der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern rechts des Rheins vom 15. November 1924, Vertragsgesetz vom 15 Januar 1925 (GVBl. 1925, S. 53), zuletzt geändert durch Vertrag vom 20. November 1984 (GVBl. 1985 S. 292) mit Zusatzprotokoll vom 4. August 2007 (GVBl 2007 S. 556) sowie

3. der Vertrag zwischen dem Freistaat Bayern und dem Landesverband der Israelitischen Kultusgemeinden in Bayern vom 14. August 1997 (GVBl. 1998, S. 30), zuletzt geändert mit der Bekanntmachung vom 30.12.2008 (GVBl. 2009, S. 2).

Die Ablösung der Staat-Kirchen-Verträge soll in einvernehmlichen Gesprächen mit den Vertragsparteien erfolgen.“

Dominik Schenk begründet den Antrag und erklärt, dass die genannten Verträge natürlich die Hochschulen beeinflussen, da darin Passus enthalten sind, die sich auf diese beziehen und dementsprechende Folgen haben.

Alexander Bagus stellt fest, der Antrag gehe schon mit seiner Begründung über das hochschulpolitische Mandat hinaus.

Maximilian Kißner begründet die Initiative seines GO-Antrags. Er verweist darauf, dass es zwei verschiedene Maximalforderungen gibt und man mit dem Antrag so nichts erreiche, sondern sich unglaubwürdig mache. Außerdem werde das Schicksal der Universität Eichstätt nicht berücksichtigt.

Riccardo Altieri

Markus Frank argumentiert für eine laizistische Hochschullandschaft.

Kathrin Nikolaus verweist darauf, dass Eichstätt doch privat sei. Außerdem lebe man in einem säkularisierten Staat.

Fabian Konrad verweist auf das hochschulpolitische Mandat, auf dem der Antrag basiere. Außerdem sei die Maximalforderung mit der Abschaffung der Studienbeiträge genau das gleiche.

Anna Krehl erklärt, dass Konkordatslehrstühle keine Diskussion seien, dagegen sei sie auch. Natürlich handle man hier auf Basis des hochschulpolitischen Mandats. Es gebe aber keine laizistische Hochschullandschaft ohne laizistischen Staat. Daher gehe der Antrag doch über das hochschulpolitische Mandat hinaus. Religionsfreiheit sei auf jeden Fall durch den Staat gegeben, sowohl positiv als auch negativ. Denn man habe auch an der Hochschule sowie in der Gesellschaft das Recht auf Ausübung der Religion in der Öffentlichkeit. Der Antrag richte sich letztlich auch gegen die theologischen Fakultäten und wende sich somit auch gegen das Grundgesetz.

Moritz Lund pocht auf das hochschulpolitische Mandat, das natürlich eingehalten sei, denn die Regelungen des BayHSG seien definitiv eingehalten. Letztlich gehe es um die Frage einer laizistischen Hochschullandschaft.

Protokoll der Sitzung vom 14.05.2013

Anja Zürn stellt nochmals fest, dass die Universität Eichstätt privat sei und definitiv nichts anderes. Alessa Gräß fordert eine deutlichere Konkretisierung des Antrags, auch wenn sie dem Antrag von der Tendenz her zustimmt.

Riccardo Altieri verweist auf die verfassungsrechtliche Sicherung der Religionsfreiheit. Den Gegenrednern gehe es um Ideologie, ähnlich wie bei den Studienbeiträgen. Er verweist auf die Abweisung von Personen durch katholische Krankenhäuser. Er endet mit der Frage, ob man denn eine freie Uni wolle oder nicht?

Dominik Schenk erklärt, er sei sich der Folgen des Antrags bewusst. Diese sei nicht ein Anruf Seehofers beim Papst zur Aufkündigung des Konkordats. Es gehe natürlich um einen Dialog mit den Vertragspartnern, um eine gemeinsame Änderung anzustreben. Es existiere außerdem keine religionspolitische Neutralität, weil bestimmte Religionen mit Verträgen bevorzugt werden.

Daniel Schneider argumentiert Pro und Contra durch. Letztlich ist er für einen Anstoß der Diskussion in der Gesellschaft.

Maximilian Kißner verwirft Frankreich wegen des Burka-Verbots als gutes Beispiel.

Alexander Bagus redet gegen Riccardo Altieri und Dominik Schenk.

Alexander Bagus stellt GO-Antrag auf Schließung der Redeliste.

Ohne Gegenrede angenommen.

Markus Frank unterstützt den Antrag weiterhin.

Anna Krehl verweist darauf, dass es auch in Frankreich eine Kooperation zwischen Staat und Kirche gebe, der Staat und die Kirchen haben natürlich gemeinsam Interesse. Ohne Kooperation in Deutschland gebe es keine theologischen Fakultäten, die nicht Religionswissenschaft, sondern theologische Wissenschaften betreiben, die auf bestimmten Glaubensgrundsätzen bestehen. Verträge des Staats mit Religionsgemeinschaften basieren immer auf institutionalisierte Glaubensgemeinschaften. Der Islam sei nur in wenigen Bundesländern wirklich institutionell organisiert, wie in Bremen und Hamburg. Für die Bundesrepublik gebe es eine solche institutionalisierte Vertretung des Islams noch nicht. Sie und die Fachschaft der Theologie verstehen den Antrag so, dass der Antrag sich gegen die theologischen Fakultäten richtet. Daher lehnen sie ihn ab.

Fabian Konrad schildert seine anfänglichen Probleme mit dem Antrag aufgrund seiner eigenen Betroffenheit als Student der Theologie. Ihn umtreibt vor allem ein Gerechtigkeitsimpuls gegenüber anderen Fakultäten, die nicht so gut gestellt sind, wie die Theologischen Fakultäten. Daher bittet er um Unterstützung des Antrags.

Es wird der Änderungsantrag von Alexander Bagus vorgestellt:

„Ersetze ‚im Rahmen der Landes-ASten-Konferenz für eine landesweite Kampagne zur‘ durch: ‚für die‘.

Die Abstimmung ergibt 5 Ja, 24 Nein und 8 Enthaltungen und damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Markus Frank beantragt geheime Abstimmung.

Anja Zürn und Benedikt Ries stellen sich für die Zählkommission zur Verfügung.

Abgegebene Stimmen:

Gültige Stimmen: 39

Ungültige Stimmen: 39

Ja: 23

Nein: 15

Enthaltung: 1

Damit ist der Antrag angenommen.

Beschluss:

„Der Studentische Konvent spricht sich für eine laizistische Hochschullandschaft in Bayern aus und lehnt die institutionelle Verflechtung von religiösen Gemeinschaften mit den bayerischen Hochschulen ab. Der Sprecher- und Sprecherinnenrat wird daher beauftragt, sich im Rahmen der Landes-ASten-Konferenz für eine landesweite Kampagne zur Ablösung der die bayerischen Hochschulen betreffenden Bestimmungen der religionspolitisch relevanten Verträge und die daraus resultierenden gesetzlichen Bestimmungen einzusetzen. Diese sind:

Protokoll der Sitzung vom 14.05.2013

1. Das Konkordat zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Staat Bayern [Bayerisches Konkordat] vom 29. März 1924, Vertragsgesetz vom 15 Januar 1925 (GVBl. 1925, S. 53), zuletzt geändert durch Vertrag vom 26. Juli 1988 (GVBl. S. 241), hier i.B. Art. 3,
2. der Vertrag zwischen dem Bayerischen Staate und der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern rechts des Rheins vom 15. November 1924, Vertragsgesetz vom 15 Januar 1925 (GVBl. 1925, S. 53), zuletzt geändert durch Vertrag vom 20. November 1984 (GVBl. 1985 S. 292) mit Zusatzprotokoll vom 4. August 2007 (GVBl 2007 S. 556) sowie
3. der Vertrag zwischen dem Freistaat Bayern und dem Landesverband der Israelitischen Kultusgemeinden in Bayern vom 14. August 1997 (GVBl. 1998, S. 30), zuletzt geändert mit der Bekanntmachung vom 30.12.2008 (GVBl. 2009, S. 2).
Die Ablösung der Staat-Kirchen-Verträge soll in einvernehmlichen Gesprächen mit den Vertragsparteien erfolgen.“

Um 23.14 Uhr geht Christian Herrmann (Medizin).

c. Zivilklausel (SSR)

„Die Universität Würzburg ist ein Ort der friedlichen und zivilen Forschung. Der Sprecher- und Sprecherinnenrat setzt sich deshalb für die Aufnahme folgender Formulierung in der Grundordnung der Universität ein:

„Die Julius-Maximilians-Universität Würzburg ist sich als öffentliche Einrichtung der gesellschaftlichen Folgenverantwortung ihrer Forschung bewusst. Durch ihren Beitrag zu transparenter, öffentlicher und interdisziplinärer Diskussion kommt sie der Einhaltung von anerkannten ethischen und moralischen Standards auf nationaler und internationaler Ebene nach. Verantwortungsbewusstes Handeln wird von ihr gefördert und resultiert in der friedlichen Weiterentwicklung und Bereicherung aller Nationen und Kulturen.“

Daniel Schneider begründet den Antrag.

Stephan Hemmerich fragt nach, ob der Antrag überhaupt vollständig sei. Es fehlten scheinbar Inhalte. Florian Lessing erklärt die Offenheit und Allgemeinheit der Formulierungen. Er hofft auf ein entsprechendes Gremium, das dann über Streitfälle entscheiden werde.

Riccardo Altieri erklärt, dass er sich über ein Zeichen des Studentischen Konvents freue, das man hier setzen könnte. Er setze auf die Unterstützung des Inhalts durch Präsident Forchel.

Kathrin Nikolaus kritisiert die Weichheit der Formulierungen und will eine Ergänzung des Antrags, Katharina Teuber wehrt sich gegen den grundsätzlichen Vorwurf und unterstützt den Antrag nur, soweit er nicht alle möglichen Konsequenzen wissenschaftlicher Forschung miteinschließt.

Christopher Brandt spricht sich gegen den Antrag aus, vor allem aufgrund der „dual use“-Problematik. Er wolle deutlich konkretere Formulierungen, die ganz genau die Forschung von Waffen unterbindet und verbindliche Ethikveranstaltungen in den naturwissenschaftlichen Fächern anbietet.

Kathrin Nikolaus stimmt Christoph Brandt zu, will aber keine Konkretisierung aufgrund der Kleinteiligkeit, sondern eine Ausarbeitung von Handreichungen durch den AK Zivilklausel.

Riccardo Altieri begründet die Weichheit der Formulierungen damit, dass der vorgeschlagene Text so eher in die Grundordnung aufgenommen werde, weil sie auch gerade so von einer weiteren bayerischen Universität in deren Grundordnung eingebaut worden sei.

Es wird ein GO-Antrag auf Schließung der Redeliste gestellt.

Ohne Gegenrede angenommen.

Maximilian Kißner redet gegen Kathrin Nikolaus' Vorschlag, die Worte „zivil“ oder „nicht-militärisch“ einzubauen.

Es liegen keine Änderungsanträge vor.

Der Gesamtantrag wird mit 29 Ja-, 9 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Beschluss:

„Die Universität Würzburg ist ein Ort der friedlichen und zivilen Forschung. Der Sprecher- und Sprecherinnenrat setzt sich deshalb für die Aufnahme folgender Formulierung in der Grundordnung der Universität ein:

Protokoll der Sitzung vom 14.05.2013

„Die Julius-Maximilians-Universität Würzburg ist sich als öffentliche Einrichtung der gesellschaftlichen Folgenverantwortung ihrer Forschung bewusst. Durch ihren Beitrag zu transparenter, öffentlicher und interdisziplinärer Diskussion kommt sie der Einhaltung von anerkannten ethischen und moralischen Standards auf nationaler und internationaler Ebene nach. Verantwortungsbewusstes Handeln wird von ihr gefördert und resultiert in der friedlichen Weiterentwicklung und Bereicherung aller Nationen und Kulturen.“

d. Hochschulwahlen (GHG)

„Der Sprecher- und Sprecherinnenrat erstellt und produziert einen Flyer, der den Ablauf der Hochschulwahlen sowie die Gremien der Studierendenvertretung und der Uni vorstellt. Dieser wird allen Fachschaften und den zur Hochschulwahl antretenden politischen Hochschulgruppen vier Wochen vor der Wahl zur Verfügung gestellt.“

Fabian Konrad begründet den Antrag damit, um die Wahlbeteiligung durch besseres Verständnis der Wahlen zu erhöhen.

Kathrin Nikolaus stellt GO-Antrag auf Nichtbefassung, da eine Darstellung schon vorlag.

Dominik Schenk redet dagegen.

Michael Feller geht um 23.37 Uhr

Der GO-Antrag wird mit 3 Ja-, 31 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

Benedikt Fries begrüßt den Antrag, kritisiert aber die Art der Durchführung. Er stellt seinen Änderungsantrag vor und befürwortet ein Plakat anstelle von Müll produzierenden Flyern.

Alexander Bagus stellt seinen Änderungsantrag vor. Er appelliert an die Eigenverantwortlichkeit der Fachschaften und Hochschulgruppen, die lieber eigene Mittel damit versehen soll.

Stephan Hemmerich begrüßt den Antrag der GHG aufgrund der niedrigen Wahlbeteiligung. Er sieht die Müllproduktion nicht als Problem, sondern einen eigenen StuV-Flyer als Mehrwert.

Lisa Menstell geht um 23.45 Uhr.

Dominik Schenk schließt sich Stephan Hemmerich an und will eine Produktion der Flyer nach Bedarf. Änderungsantrag von Benedikt Fries

12 Ja, 13 Nein, 10 Enthaltungen

Siar Said (WiWi) geht um 23.50 Uhr.

Alexander Bagus stellt den Änderungsantrag:

„Ersetze von ‚und produziert einen Flyer...‘ bis ‚...zur Verfügung gestellt‘ durch:

‚einen Flyer, der den Ablauf der Hochschulwahlen sowie die Gremien der Studentenvertretung und der Uni vorstellt, und stellt die entsprechende Layoutdatei den Fachschaften als auch den politischen Hochschulgruppen zur eigenen Verwendung spätestens vier Wochen vor der Wahl zur Verfügung, damit diese eigene Werbematerialien damit bestücken können.“

Anja Zürn stellt den Änderungsantrag zum Änderungsantrag: „Studierendenvertretung“ statt „Studentenvertretung“.

Dies wird vom Änderungsantragssteller übernommen.

Der Änderungsantrag wird mit 9 Ja-, 15 Nein-Stimmen und 11 Enthaltungen abgelehnt.

Der geänderte Gesamtantrag wird mit 24 Ja-, 3 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen angenommen.

Beschluss:

„Der Sprecher- und Sprecherinnenrat erstellt und produziert einen Flyer, der den Ablauf der Hochschulwahlen sowie die Gremien der Studierendenvertretung und der Uni vorstellt. Dieser wird allen Fachschaften und den zur Hochschulwahl antretenden politischen Hochschulgruppen vier Wochen vor der Wahl zur Verfügung gestellt.“

e. Druckerei (GHG)

„Der Sprecher- und Sprecherinnenrat und die Referate der Studierendenvertretung vergeben Druckaufträge im Rahmen ihrer Arbeit nur an sozial und ökologisch verantwortungsbewusste Unternehmen. Umweltpapier und klimaneutraler Druck sollen bevorzugt werden. Die Druckmengen sollen dem Bedarf angemessen sein. Die Wiederverwertung übrig gebliebener Druckprodukte soll angestrebt werden.“

Fabian Konrad begründet den Antrag.

Protokoll der Sitzung vom 14.05.2013

Maximilian Kißner unterstützt den Antrag prinzipiell, hat aber bzgl. der Formulierung „sozial und ökologisch verantwortungsbewusste“ Bedenken.

Markus Frank möchte die Bevorzugung kleiner Unternehmer.

Riccardo Altieri begründet den Wechsel zu „Principia“ weg von Flyeralarm aufgrund der vermeintlich dort gezahlten Niedrigstlöhne.

Maximilian Kißner möchte der Eigenverantwortung des SSR den Vorzug geben.

Kathrin Nikolaus weiß nach eigener Aussage, was die GHG denkt und unterstützt deren Anliegen.

Der Änderungsantrag von Maximilian Kißner wird vorgestellt:

„Der erste und zweite Satz nach ‚Der studentische Konvent möge beschließen:‘ sollen geändert werden in: ‚Der Sprecher- und Sprecherinnenrat und die Referate der Studierendenvertretung bevorzugen bei allen zu vergebenden Druckaufträgen Umweltpapier und einen klimaneutralen Druck.‘ Danach soll eingefügt werden: ‚Bei selbst durchgeführten Ausdrucken soll ebenfalls Ökopapier verwendet werden.‘ Außerdem soll ‚Druckprodukte‘ in ‚Druckprodukte‘ geändert werden.“

Alexander Bagus weist daraufhin, dass letzteres redaktionell erfolge.

Mit 8 Ja-, 21 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen wird der Änderungsantrag damit abgelehnt.

Der Gesamtantrag wird mit 30 Ja-, 0 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen angenommen.

Beschluss:

„Der Sprecher- und Sprecherinnenrat und die Referate der Studierendenvertretung vergeben Druckaufträge im Rahmen ihrer Arbeit nur an sozial und ökologisch verantwortungsbewusste Unternehmen. Umweltpapier und klimaneutraler Druck sollen bevorzugt werden. Die Druckmengen sollen dem Bedarf angemessen sein. Die Wiederverwertung übrig gebliebener Druckprodukte soll angestrebt werden.“

f. Rückstellwägen (LHG)

„Der Sprecher- und Sprecherinnenrat sowie die Mitglieder in der Bibliothekskommission setzen sich gegenüber der Universitätsbibliotheksleitung dafür ein, dass auch in den Teilbibliotheken Rückstellwägen zum Einsatz kommen.“

Alexander Bagus begründet den Antrag.

Daniel Janke redet dagegen aufgrund von Geld- und Personalmangels. Er habe diesbezüglich mit der Universitätsbibliotheksleitung korrespondiert

Alessa Gräß überträgt Ihre Stimme an Markus Frank.

Maximilian Kißner plädiert für längere Öffnungszeiten anstatt von Rückstellwägen, wenn denn Geldmittel vorhanden wäre.

Die Vertretenden der Fachschaft Physik fragen rhetorisch, wo die Geldmittel herkommen sollen? Der Antrag soll daher abgelehnt werden.

Es gibt keine Änderungsanträge.

Der Gesamtantrag wird bei 3 Ja-Stimmen mit großer Mehrheit abgelehnt

g. Hochschulöffentlichkeit (LHG)

„Der Studentische Konvent der Julius-Maximilians-Universität Würzburg stellt fest, dass die derzeitige Öffentlichkeitsarbeit an der Hochschule verbesserungswürdig ist. Mehr Transparenz ist notwendig zur Herstellung einer wirklichen Hochschulöffentlichkeit, um so mehr Studenten für die Themen des Konvents zu erreichen.

Daher strebt der Studentische Konvent

1. eine intensivere Zusammenarbeit mit dem ‚Sprachrohr‘ als DEM publizistisches Organ der Studentenvertretung der Julius-Maximilians Universität an. In jeder Ausgabe erscheint ein Bericht über die bis zu Redaktionsschluss vergangene(n) Konventssitzung(en), in dem sachlich und neutral über den Verlauf der Sitzung(en) und die diskutierten Themen berichtet wird.
2. eine bessere Nutzung der bereits bestehenden Strukturen an: die genannten Sprachrohr-Artikel werden gesondert auch auf der Homepage der StuV veröffentlicht, bei Facebook verbreitet sowie in der Montagsmail darauf hingewiesen und verlinkt.

Protokoll der Sitzung vom 14.05.2013

3. die Einrichtung einer für alle kostenlosen Live-Stream-Übertragung der Konventssitzungen ins Netz via ustream (<http://www.ustream.tv>) an. Als technisches Equipment werden ein Notebook, eine daran angeschlossene Webcam sowie eine Sound- und Mikroanlage verwendet.

4. die Informationsveranstaltung des Studentischen Konvents zur Vorstellung auch der politischen Hochschulgruppen und des Fachschaftenrats am Beginn des neuen akademischen Jahres. Dies soll dem besseren Kennenlernen der jeweiligen Gruppen sowie des Fachschaftenrats dienen. Zur weiteren Ausarbeitung und Umsetzung dieser Punkte wird der Ausschuss ‚Transparente Hochschulpolitik‘ mit fünf Mitgliedern ausgeschrieben und in der folgenden Sitzung eingesetzt. Entsprechend der Punkte 3 und 4 wird die Geschäftsordnung des Studentischen Konvents wie folgt geändert:

- Ergänze in § 10 (5) nach ‚beschlossen wurde‘:

‚Wurde die Öffentlichkeit der Sitzung beschlossen, so ist auch eine Live-Stream-Übertragung zulässig.‘

- Ergänze in §28 (2) nach ‚Tätigkeiten‘:

„ der Fachschaftenrat sowie die politischen Hochschulgruppen über ihre Struktur, ihre Themen und ihre Aktivitäten.“

Alexander Bagus begründet den Antrag.

Dominik Schenk begrüßt die Punkt 1 und 2. Punkt 3 lehnt er wegen der Kosten ab. Punkt 4 sieht er im Widerspruch zur Grundidee der Öffentlichkeitsveranstaltung, in welcher sich die Gremien vorstellen sollen und nicht die politischen Hochschulgruppen, die so zu einer Politisierung der Veranstaltung beitragen würden. Einen Ausschuss lehnt er ab und sieht dessen Aufgabe beim Referat „demokratische Hochschule“.

Kathrin Nikolaus fordert das Gendern des Antrags. Sachliche und neutrale Berichte seien nicht möglich. Bzgl. Punkt 3 verweist sie auf die bessere finanzielle Ausstattung der StuV der Uni Gießen und Uni Mainz. Bei 4 schließt sie sich Schenk an. Die anderen Punkte müssen dementsprechend gestrichen werden.

Markus Frank unterstützt Kathrin Nikolaus' Punkte.

Alexander Bagus redet gegen Nikolaus und Schenk.

Theres nimmt aus ihrer Sicht als Redakteurin des Sprachrohrs Stellung.

Anja Zürn redet gegen den Antrag.

Markus Frank führt weitere technische Probleme gegen einen Live-Stream an (Standleitung). Einen Bericht im Sprachrohr lehnt er ab.

Jonathan Jurkat stellt GO-Antrag auf Schluss der Redeliste.

Dies wird Mehrheitlich angenommen.

Falk Bräcklein erklärt, bei den Piraten verliere man als Politiker das Recht am eigenen Bild.

Der SSR stellt den Änderungsantrag zur Ersetzung von „Studenten“ durch „Studierende“ sowie die Ersetzung der Punkte 1 und 2 durch:

„1. eine intensivere Zusammenarbeit mit dem ‚Sprachrohr‘ als dem publizistischen Organ der Studierendenvertretung der Universität Würzburg an. In jeder Ausgabe soll daher mehr Raum für die Hochschulgruppen sein, die Sparte ‚Nachgefragt‘ wird damit einhergehend auf zwei Doppelseiten ausgeweitet. Wie diese genau ausgestaltet werden, ob die Abschnitte der Hochschulgruppen vergrößert werden oder eine ‚offene Rubrik‘ der Hochschulgruppen entstehen soll, obliegt der jeweiligen Chefredaktion.

2. das Sprachrohr wird zukünftig auf der Plattform ‚issuu‘ veröffentlicht. Der dazugehörige Link wird nicht nur auf der Homepage, sondern auch über Facebook und die Montagsmail verbreitet.“

Beides wird vom Antragssteller übernommen.

Die GHG stellt einen Änderungsantrag auf Streichung ab „3.“ bis zum Ende des LHG-Antragstexts.

Dieser wird mit großer Mehrheit angenommen.

Die weiteren Änderungsanträge sind damit hinfällig.

Der geänderte Gesamtantrag wird mit großer Mehrheit angenommen.

Beschluss:

„„Der Studentische Konvent der Julius-Maximilians-Universität Würzburg stellt fest, dass die derzeitige Öffentlichkeitsarbeit an der Hochschule verbesserungswürdig ist. Mehr Transparenz ist

Protokoll der Sitzung vom 14.05.2013

notwendig zur Herstellung einer wirklichen Hochschulöffentlichkeit, um so mehr Studenten für die Themen des Konvents zu erreichen.

Daher strebt der Studentische Konvent

1. eine intensivere Zusammenarbeit mit dem ‚Sprachrohr‘ als dem publizistischen Organ der Studierendenvertretung der Universität Würzburg an. In jeder Ausgabe soll daher mehr Raum für die Hochschulgruppen sein, die Sparte ‚Nachgefragt‘ wird damit einhergehend auf zwei Doppelseiten ausgeweitet. Wie diese genau ausgestaltet werden, ob die Abschnitte der Hochschulgruppen vergrößert werden oder eine ‚offene Rubrik‘ der Hochschulgruppen entstehen soll, obliegt der jeweiligen Chefredaktion.

2. Das Sprachrohr wird zukünftig auf der Plattform ‚issuu‘ veröffentlicht. Der dazugehörige Link wird nicht nur auf der Homepage, sondern auch über Facebook und die Montagsmail verbreitet.“

Die LHG zieht die Anträge zur Referatsumbenennung, verlängertem Zugang zum Foyer der Hubland Mensa und Fristeneinhaltung zurück.

Kathrin Nikolaus beantragt eine 5-Minuten-Pause der Sitzung des Konvents.

Ohne Gegenrede angenommen.

Unterbrechung des Konvents um 0.42 Uhr.

Jura-Fachschaft geht um 00.42 Uhr.

Wiederaufnahme der Sitzung um 0.47 Uhr.

h. Referatsumbenennung (LHG)

Zurückgezogen.

i. verlängerter Zugang zum Foyer der Hubland Mensa (LHG)

Zurückgezogen.

j. Fristeneinhaltung (LHG)

Zurückgezogen.

k. Kompensationsverwendungsbericht (LHG)

„Der Sprecher- und Sprecherinnenrat setzt sich gegenüber der Hochschulleitung dafür ein, dass der jährliche Bericht über die Verwendung der Kompensationsmittel für die Studienbeiträge, der nach Art. 5a BayHSG an das Ministerium übermittelt werden muss, auch öffentlich als „Kompensationsverwendungsbericht“ zugänglich gemacht wird.“

Alexander Bagus begründet den Antrag.

Maximilian Kißner will mehr Datenschutz und trägt seinen Änderungsantrag vor.

„Ergänze nach ‚öffentlich‘: ‚und hinsichtlich der Personalstellen anonymisiert““.

Der Antragsteller übernimmt dies.

Anja Zürn stellt den Änderungsantrag auf Ersetzung von „Kompensationsmittel für die Studienbeiträge“ gegen „Studienmittel“ sowie „Kompensationsverwendungsbericht“ durch „Studienmittelbericht“.

Der Antragsteller übernimmt dies.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Beschluss:

„Der Sprecher- und Sprecherinnenrat setzt sich gegenüber der Hochschulleitung dafür ein, dass der jährliche Bericht über die Verwendung der Studienmittel, der nach Art. 5a BayHSG an das Ministerium übermittelt werden muss, auch öffentlich und hinsichtlich der Personalstellen anonymisiert als „Studienmittelbericht“ zugänglich gemacht wird.“

Maximilian Kißner stellt den Initiativantrag:

„Der Sprecher- und Sprecherinnenrat und die Referate der Studierendenvertretung lassen in ihren Drucksachen keine extremistische, sexistische, rassistische, fremdenfeindliche oder anders diskriminierende Werbung zu.“

Protokoll der Sitzung vom 14.05.2013

Der Initiativantrag von Maximilian Kißner zu Drucksachen findet fünf Unterstützer und wird zur Behandlung mehrheitlich angenommen.

Maximilian Kißner begründet den Antrag.

Markus Frank beantragt die Streichung von „extremistische,“.

Der Antragssteller übernimmt dies.

Der Antrag wird ohne Gegenrede angenommen.

Beschluss:

„Der Sprecher- und Sprecherinnenrat und die Referate der Studierendenvertretung lassen in ihren Drucksachen keine sexistische, rassistische, fremdenfeindliche oder anders diskriminierende Werbung zu.“

Maximilian Kißner reicht einen Initiativantrag zur Änderung der Geschäftsordnung ein:

„In § 29 wird angefügt: ‚Außerdem dürfen sie nicht als Initiativanträge behandelt werden.‘“

Es liegen genügend Unterstützer vor.

Der Antrag wird nach mehrheitlichem Beschluss nicht behandelt.

Maximilian Kißner reicht einen Initiativantrag zur Änderung der Geschäftsordnung ein:

„Die Geschäftsordnung des studentischen Konvents wird wie folgt geändert:

§ 10 (6): ‚Tage‘ wird geändert in ‚Werktage‘

Der zweite Satz von jeweils § 10 und 15 soll lauten: Der bzw. die Vorsitzende leitet die Anträge ebenfalls drei Werktage vor der Sitzung per elektronischer Post (E-Mail) in einem allgemein gebräuchlichen Format an alle Mitglieder weiter.

Angefügt wird der Satz: Der Tag der Absendung der Anträge und der Tag der Sitzung werden nicht mitgerechnet.

Es liegen genügend Unterstützer vor.

Der Antrag wird nach mehrheitlichem Beschluss nicht behandelt.

Dominik Schenk bringt für die GHG den zurückgezogenen Antrag der LHG zur Referatsumbenennung als Initiativantrag ein:

„Das Referat ‚gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit‘ wird umbenannt in ‚gegen Extremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit‘.“

Fünf Unterstützer sind gefunden.

Die Behandlung des Initiativantrags der GHG wird mehrheitlich angenommen.

Dominik Schenk begründet den Antrag.

Maximilian Kißner stellt einen Änderungsantrag zur Ersetzung des Gesamtantrags durch: „Das Referat ‚gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit‘ wird umbenannt in „für ein tolerantes und friedliches Miteinander“.

Markus Frank beschwert sich darüber, dass man es sich anmaße, im Konvent einen solchen Änderungsantrag zum Namen eines Referats zu stellen, ohne diesem Referat anzugehören.

Torbjørn Cunis weist Markus Frank daraufhin, dass dieses Recht dem Konvent zustehe, da er das Referat auch ins Leben gerufen habe. Das Referat sei Teil der StuV und existiere nicht neben dieser.

Moritz Lund beschreibt den Werdegang des Namens des Referats, der auf Mehrheitsbeschluss der damaligen AK-Mitglieder zurückgeht. Er lehnt den „Regenbogenbegriff“ von Maximilian Kißner ab.

Zudem fordert er die LHG zur Stellungnahme ihrer Intention auf und zusätzlich die Ablehnung des Antrags.

Der Änderungsantrag von Maximilian Kißner wird mehrheitlich abgelehnt.

Der Gesamtantrag wird mehrheitlich abgelehnt.

13. Sonstiges

Kathrin Nikolaus stellt den GO-Antrag auf Öffentlichkeit der nächsten Sitzung.

Ohne Gegenrede angenommen.

Anja Zürn beschwert sich, dass eine Mehrheit bei den Anträgen nicht angesprochen wird.

Protokoll der Sitzung vom 14.05.2013

Maximilian Kißner fordert dazu auf, Antragsbegründungen im Vorfeld schriftlich dem Antrag beizufügen.

Der Vorsitzende beendet die Sitzung um 01.05 Uhr.